

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Bundesrätinnen Simone Jagl, Claudia Hauschmidt-Buschberger, Elisabeth Kittl,

betreffend Schule aus einer Hand - Reform der Freizeit- und Stützpedagogik

eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 21. Jänner 2026 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bildungsinvestitionsgesetz geändert wird (369 d.B. und 373 d.B.) (TOP 6)

BEGRÜNDUNG

Österreichs Schulen stehen vor großen Herausforderungen. Lehrkräfte unterrichten täglich in heterogenen Klassen, fördern Kinder mit unterschiedlichsten Lernvoraussetzungen und Sprachniveaus, begleiten soziale und emotionale Problemlagen und bewältigen zugleich einen stetig wachsenden administrativen Aufwand. Viele Lehrer:innen arbeiten längst am Limit.

Gleichzeitig geht der Ausbau ganztägiger Schulformen nur schleppend voran. Die Zuständigkeit liegt bei den Gemeinden – doch oft fehlen entweder die finanziellen Mittel oder der politische Wille. Das Ergebnis: ungleiche Chancen je nach Wohnort, unsichere Betreuungsangebote und eine enorme Belastung für Familien.

Vor allem Schulleitungen berichten seit Jahren, dass sie zu wenig Gestaltungsspielraum haben, um ihre Schulen im Sinne der Kinder und des pädagogischen Personals weiterzuentwickeln. Eltern wiederum wünschen sich verlässliche Betreuung, qualitativ hochwertige Förderung und das sichere Gefühl, dass ihre Kinder in der Schule gut aufgehoben sind. Und Lehrkräfte brauchen dringend Entlastung, damit sie sich wieder auf ihre zentrale Aufgabe konzentrieren können: guten Unterricht.

Es braucht daher rasch wirksame, strukturelle Maßnahmen.

Ein zentraler Hebel ist die Einführung von Stützpedagog:innen im Unterricht sowie die Integration der Stütz- und Freizeitpedagog:innen in den öffentlichen Dienst und damit in das Schulkollegium. Stützpedagog:innen übernehmen dabei keinen Unterricht, sondern unterstützen Lehrkräfte gezielt bei ergänzenden Übungen, individueller Förderung und der Begleitung einzelner Schüler:innen. Freizeitpedagog:innen gestalten den Nachmittagsbereich und leisten dort wertvolle pädagogische Arbeit – etwa in der Förderung sozialer Kompetenzen, der Prävention von Konflikten und der Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung.

Diese Reform bringt Schule und Betreuung endlich zusammen. Pädagogische Förderung, Unterricht und Freizeitangebote werden aus einer Hand organisiert. Das Personal wird über die Bildungsdirektionen verwaltet und steht den Schulen direkt zur Verfügung. Schulleitungen erhalten damit endlich den dringend benötigten Gestaltungsspielraum, um am Standort selbst entscheiden zu können, welches Personal sie wie einsetzen – angepasst an die konkreten Bedürfnisse ihrer Schüler:innen.

Auch die Gemeinden werden entlastet, da sie nicht länger allein für Organisation und Finanzierung der Nachmittagsbetreuung verantwortlich sind. Eltern – insbesondere Mütter – gewinnen echte Betreuungssicherheit und können Beruf und Familie besser vereinbaren. Und Kinder profitieren von einem durchgängigen, qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangebot.

Ein umfassend ausgearbeitetes, kostenneutrales Reformkonzept wurde vom Bildungsministerium bereits erarbeitet. Es bietet eine solide Grundlage und kann bei Bedarf an aktuelle Erfordernisse angepasst werden. Was noch fehlt, ist der politische Wille zur Umsetzung.

Diese Reform ist ein entscheidender Schritt hin zu einer modernen und gerechten Schule. Sie entlastet Lehrkräfte, stärkt Schulleitungen, unterstützt Familien und verbessert die Bildungschancen aller Kinder – unabhängig vom Wohnort.

Der Antrag steht im Zusammenhang mit dem gegenständlichen Beschluss des Nationalrats, welcher verbesserte Mittelausschöpfung zur Finanzierung des Ausbaus wie Bestandes ganztägiger Schulformen als Ziel nennt.

Die unterfertigenden Bundesrättinnen stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung wird ersucht, das im Bildungsministerium erarbeitete Reformkonzept zur Freizeit- und Stützpädagogik umzusetzen und gegebenenfalls anzupassen, um den Ausbau ganztägiger Schulformen voranzubringen, Lehrkräfte zu entlasten und Schulleitungen mehr Gestaltungsspielraum am Standort zu ermöglichen – im Sinne der Kinder.“

